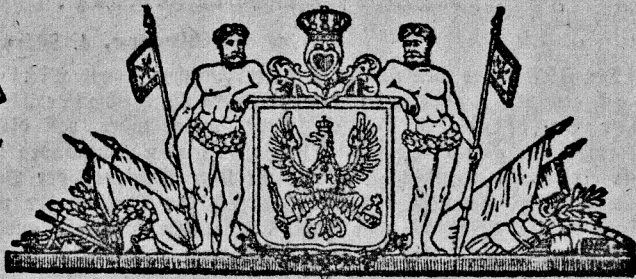


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Wilnas Einverleibung mißglückt.

Ponikowski zurückgetreten.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

4. März, Warschau.

Was unvermeidlich war, ist eingetreten: um Mitternacht hat das Kabinett drahtlich seine Demission an den Staatschef Pilsudski übermittelt, der sich wegen militärischer Übungen in Brest-Stowps aufhält.

Die Regierung Ponikowski ist nur formell über die Wilnafrage gefallen, in Wirklichkeit handelte es sich um andere Dinge, die ich bereits öfter dargelegt habe. Als die bisherige Regierung in Wilna die Sejmkommission einsetzte, überließ sie, daß die sich damit selber eine Falle baute, indem sie den Warschauer Nationalisten den Vorwand gab zu ihrer längst vorbereiteten Offensive. Wenn diese eigentlich galt, ergibt sich aus dem heutigen Zeitungsbericht der „Naczpospolita“, der sich nur nebenbei gegen Ponikowski richtet, in der Hauptsache selber, dem das Nationalistenblatt eine „bei ihm nun einmal übliche verschwörerische und im Dunkeln arbeitende“ Befähigung vorwirft. Dadurch gewinnt die diesmalige Regierungskrise eine besondere Bedeutung.

Dazu kommt, daß sie gleichsam am Vorabend der baltischen Ministerkonferenz in Warschau, der Belgrader Unterredungen mit den Vertretern der Kleinen Entente und der Wirtschaftsverhandlungen mit Sowjetrußland ausgebrochen ist. Die hiesige Presse führt mit Recht aus, daß das Land sich seit der Neugründung Polens noch niemals in derartig verhängnisvoller Lage befunden habe.

Der Vorstoß gegen Pilsudski.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

4. März, Warschau.

Nicht umsonst schloß mein Aufsatz über Wilna mit der Befürchtung, die an sich geringe Wilnafrage könnte sich gar bald vielleicht zu einer großen allgemein-polnischen Frage auswachsen. Was sich hier seit 24 Stunden abspielt und die Gemüter aller in höchster Aufregung erhält, ähnelt einem Staat vor einer ersten Umwälzung.

Wer konnte das Kommende ahnen, als gestern früh Premierminister Ponikowski die aus Wilna angelangte Wilnaer Sejm-Abordnung feierlich am Bahnhof begrüßte, als gestern abend diese Abordnung in Gegenwart des polnischen Gesamtkabinetts, der Vertreter des polnischen Staatschefs sowie der einheimischen und ausländischen Presse in den Festräumen des Ministerpräsidentens sich versammelte, um dort die Akte der Einverleibung des Wilnalandes in die Polenrepublik zu unterzeichnen?

Gegen 9 Uhr abends galt es als sicher, daß die Majorität der Wilnalommission für die Unterzeichnung der von der hiesigen Regierung ausgearbeiteten Akte sein werde, und schon begaben sich fremde Berichterstatter nach dem Telegraphenamt, um ihre Blätter davon in Kenntnis zu setzen, aber es kam anders: Als die Unterschriften vollzogen werden sollten, stellte sich heraus, daß zwei Wilnaer Stimmen an der Majorität fehlten. Bis zum heutigen Morgen grauen blieben die Wilnaer Sejmabordnung und die Warschauer Minister in leidenschaftlichen Verhandlungen miteinander, bis heute früh 5 Uhr der Premierminister Ponikowski die den-

würdige Sitzung mit der Erklärung schloß, daß die Akte als nicht vollzogen zu gelten hat.

Hinter der heiß umstrittenen Form der Einverleibungsakte birgt sich natürlich etwas ganz anderes und viel ernsteres: Die polnische nationalisistische Parteien in ihrem unablässigen und keine Mittel scheuenden Kampf gegen Pilsudskis Regierung und letzten Endes gegen Marschall Pilsudski selbst haben die Wilnafrage benutzt, um dem Gegner den bisher härtesten Stoß zu verfehen. Jeder weiß hier, daß die gestrige gegen die Unterzeichnung gerichtete Majorität der Wilnaabordnung unter dem Einfluß einer langandauernden Propaganda und in Einzelfällen sogar eines ausgesprochenen Terrors der Warschauer Nationalisten gehandelt hat. Noch in der Nacht auf heute erklärte einer der beiden Abgeordneten, die aus der anfänglichen Majorität für die Unterzeichnung im allerletzten Augenblick eine Minorität gemacht hatten, ein einfacher Wilnaer Bauer, mit heißen Tränen in den Augen, er möchte ja gern unterzeichnen, aber „seine Leute erlaubten ihm dies nicht“, nebenbei bemerkt, eine treffende Illustration zu den geistigen Qualitäten des künstlich zusammengebrachten famosen Wilnaesejms.

Die polnische Regierung befindet sich beinahe in einer Sackgasse. Die Wilna-Delegation will noch heute Warschau wieder verlassen, und der Premierminister Ponikowski hat drahtlich in Wilna wissen lassen, daß die für morgen vorgesehene Wsahrt des Plenums des Wilnaesejms nach Warschau unnützig sei. Der für morgen geplant gewesene feierliche Eintritt der Wilnaer Abgeordneten in den Warschauer Sejm und die noch feierlichere Verbrüderung der beiden Körperschaften sind natürlich ins Wasser gefallen. Damit aber nicht genug: Wie mir soeben mitgeteilt wird, soll die heute hier überreichte Entente note dem Tone nach noch viel schärfer gewesen sein, als sie Reuters heute früh angegeben hat. Die Entente betrachtet überhaupt jedwede staatsrechtliche Verbindung des Wilnalandes mit Polen als eine polnische Annexion.

Die Lage bleibt auf alle Fälle äußerst gespannt, und sehr schwerwiegende Ueberaufforderungen sind nicht ausgeschlossen: Ein Gerücht will bereits wissen, daß Pilsudski auch für seine Person die Konsequenzen aus dem Rücktritt des derzeitigen Kabinetts zu ziehen entschlossen sei.

Max Theodor Behrmann.

Die Abordnung des Wilnaer Sejms ist gestern abend aus Warschau abgereist und wird heute nachmittag in einer Plenarsitzung des Sejms in Wilna über ihre Verhandlungen mit dem polnischen Kabinett berichten.

Die Pariser östliche Zeitschrift „La Tribune Juive“ veröffentlicht einen ausführlichen Artikel, in dem dargelegt wird, daß die polnischen Okkupationstruppen in Ost-Galizien — ein Gebiet, das sie im Namen des Völkerbundes unter französischem Protektorat besetzt halten — die jüdische Bevölkerung, die, nachdem 50 000 Personen ausgewandert sind, immer noch über 12 v. H. der Bevölkerung beträgt, mit allen Schikanen und Härten verfolgen. Es wiederholen sich in Ost-Galizien die Grausamkeiten der polnischen Besatzungstruppen in Wilna. Alle Eingaben der jüdischen Bevölkerung dieser Gebiete um Schutz seitens der Ententestaaten sind bisher vergeblich gewesen.

Chamberlain für Lloyd George.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

4. März, London.

Gestern abend hielt Austen Chamberlain im Carlton-Club in Oxford eine Rede, der man in politischen Kreisen große Bedeutung beimißt. Im allgemeinen zeigte sich der Führer der unionistischen Unterhausfraktion sehr optimistisch in allen seinen Anspielungen auf die gegenwärtige Krise. Er führte aus, daß die Auffassung, als ob die augenblickliche Regierung schwankend sei, falsch ist. Er gab dann einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte der Amtübernahme Lloyd Georges und erklärte, daß Lloyd George sich seinerzeit bereit erklärt habe, unter der Leitung Bonar Law und auch Balfours zu arbeiten, aber diese beiden hätten darauf bestanden, daß es im Interesse des Landes läge, wenn Lloyd George selbst Premierminister werde. In der Zwischenzeit habe Lloyd George wiederholt seinen Rücktritt angeboten, falls die nationalen Interessen das verlangen sollten, er habe sogar Chamberlain gebeten, seine Ministerkollegen hierüber zu befragen. Allgemein sei man aber im Kabinett der Ansicht gewesen, daß durch einen Rücktritt Lloyd Georges nichts gewonnen werde. Er glaube daher, sagen zu können, daß die Koalition fester stehe als jemals.

Lord Robert Cecil hat gestern in Welwyn eine Rede über die augenblickliche politische Lage gehalten und die Koalition heftig an-

gegriffen. Er führte aus, der große Fehler der Koalition sei der, daß sie keine klare Politik habe, und außerdem sei sie nicht mutig genug, um gewisse Maßnahmen durchzuführen. Im Grunde gewinne nach und nach die Meinung immer mehr Boden, daß die augenblickliche Koalition nicht befriedige, und daß sie durch ein anderes Regierungssystem ersetzt werden müsse. Ueber die äußere englische Politik sagte der Redner, die Koalition habe lediglich in Washington einen Erfolg davongetragen, also auf der einzigen Konferenz, auf der Lloyd George nicht persönlich zugegen war.

Trotzdem ist man in hochpolitischen Kreisen der Ansicht, daß Lloyd George nicht zurücktreten werde. Eine Erklärung, die der Kriegsminister Worthington Evans gestern abgegeben hat, beweist sich in denselben Linien wie die Rede Chamberlains. Lloyd George hat London gestern abend verlassen und wird in Chequere während des Wochenendes die hauptsächlichsten konservativen Minister einschließlich Chamberlain empfangen. Es besteht wenig Zweifel darüber, daß das Ergebnis dieser Besprechungen eine Festigung der Stellung Lloyd Georges sein wird. Nächsten Dienstag findet eine Zusammenkunft konservativer Abgeordneter zur Prüfung der Lage statt.

Das heute vorliegende Endergebnis der Londoner Grasschaftswahlen hat zur allgemeinen Ueberraschung mit einem Sieg der konservativen Ersparniskandidaten geendet, die vierzehn Sitze gewonnen haben, und zwar dreizehn von der liberalen Partei und einen von der Arbeiterpartei.

Kommt die Zwangsanleihe?

In der Beratung der Parteien über die Zwangsanleihe ist vom Finanzminister Dr. Hermes ein Vermittlungsvorschlag gemacht worden, der die Fraktionen, wie festzustellen ist, lebhaft beschäftigt. Der Vorschlag geht dahin, daß auf Grund einer Selbsteinschätzung der Zensiten, deren Vermögen über ein gewisses Maß hinausgeht, eine Vorauszahlung erfolgen, und daß diese Vorauszahlung dann durch eine endgültige Veranlagung korrigiert werden soll.

Es ist begreiflich, daß diejenigen Parteien, die sich auf das Steuerkompromiß einschließlich der Zwangsanleihe nun einmal festgelegt haben, diesen Vorschlag in ernste Erwägung ziehen. Denn ist er durchführbar, so wird wenigstens der ein e Einwand gegen die Zwangsanleihe beseitigt, daß ein namhafter Teil für die laufende Budgetperiode überhaupt nicht mehr flüssig zu machen sei. Es fragt sich daher zunächst, ob dieser Zweck tatsächlich mit dem neuen Vorschlag zu erreichen ist. Daß diese Frage von den verantwortlichen Männern beachtet werden könnte, ist kaum anzunehmen. Für die Selbsteinschätzung liegen ja zum Teil genau die gleichen Schwierigkeiten wie für die amtliche Veranlagung vor. Auch die Selbsteinschätzung kann doch nur auf Grund ganz bestimmter Maßstäbe erfolgen. Und die Festsetzung dieser Maßstäbe ist es ja gerade, die die größten Schwierigkeiten bereitet. Die Selbsteinschätzung würde nur eine Erleichterung infolgedessen darstellen, als sie nach den bisherigen Verlautbarungen nicht nachgeprüft, sondern zunächst auf Treu und Glauben zur Grundlage der Anleiheerhebung gemacht werden soll. Es entfällt mithin sowohl die Arbeit der Finanzämter für die Nachprüfung als auch die Zeit, die zwischen Deklaration und Nachprüfung liegt. Wenn man nun annimmt, daß selbst im März das Steuerkompromiß beschlossene, im Laufe des April und Mai die Grundstücke für die Selbsteinschätzung festgelegt, im Juni die Einschätzungsformulare gedruckt, im Juli die Einschätzungsformulare versandt und im Herbst die Deklarationen vorgenommen werden könnten, so ist vor Anfang nächsten Jahres an die Ausgabe der Anleihe selbst kaum zu denken.

Ohnehin bleibt es ja noch immer eine ganz ungelöste Frage, welchen Ertrag diese Zwangsanleihe überhaupt bringt. Daß sie irgendwelche namhaften Beträge in barem Gelde ergeben könnte, erscheint mindestens für die Vorauszahlung höchst zweifelhaft. Denn es steht wohl außer Zweifel, daß ein sehr erheblicher Teil der Gesamtanleihe überhaupt, aber besonders der Vorauszahlung in Sachwechsell des Reiches geleistet wird, so daß gerade für die Deckung des Reparationsetats irgendetwas Verwendbares aus der Anleihe überhaupt nicht herauskommen kann. Und für den Reparationsetat war doch das Mittel der Zwangsanleihe in allererster Linie bestimmt.

Es ist ja überhaupt ganz unbegreiflich, daß die Koalitionsparteien sich auf eine statliche Zwangsanleihe festlegen konnten. Sie mußten sich doch überlegen, daß die Zwangsanleihe ein einmaliges Mittel ist. Und zwar ein einmaliges Mittel, das den Reparationsbedarf für das Jahr 1922 nur zum kleinsten Teil balanciert. Aber auf alle Fälle nur den Etat für 1922. Das ganze Deckungsproblem in vollem Umfange taucht für den Etat 1923 und die folgenden Etats von neuem auf, während eine Steuer, selbst wenn sie nur zum Teil den Etat balanciert, wenigstens einen Teil der Reparationskosten auf die Dauer behebt.

Das aber ist ja nicht einmal der schwerste Einwand, der sich gegen die Zwangsanleihe geltend macht. Der Haupteinwand ist: Die Zwangsanleihe ruiniert vollkommen den inneren Anleihemarkt und verbaut jede äußere Kreditmöglichkeit. Man mag der Ansicht sein, daß augenblicklich die Zeit noch nicht gekommen ist, um fundierte Anleihen des Reiches auf den deutschen Anlagemarkt bringen zu können. Obwohl sich hier ja ein Mittelweg durch Ausgabe länger befristeter Schatzanweisungen vielleicht finden ließe. Jedoch man sollte nicht vergessen, daß augenblicklich eine große Menge von Kreditbedürfnissen bereits wieder aus dem deutschen Anlagemarkt befriedigt werden. Es sei ganz abgesehen von den besonders zahlreichen industriellen Obligationen, die von privatwirtschaftlichen Unternehmungen zurzeit emittiert werden. Wichtiger scheinen die großen öffentlichen Arbeiten, die großen Kanalisierungen und Elektrifizierungen, die einen Teil ihrer Finanzkraft heute schon aus diesem Markt speisen. Das alles wird mit einem Schlage zunichte gemacht.

Und wie ist es mit der Kreditmöglichkeit nach außen? Die deutsche Reparationslast kann niemals getragen werden, wenn Deutschland selbst nur die Summe von 500 Millionen Goldmark jährlich zu zahlen und diese Summe jährlich in bar zu leisten hat. Die Vorauszahlung für jede Leistungsmöglichkeit ist die Umwandlung der jährlichen Zahlungsverpflichtungen in äußere Anleihen und die Leistung der dafür nötigen Annuitäten aus den Erträgen des deutschen Besitzes und der deutschen Gewerbe. Wird der deutsche Besitz jetzt zu einem sehr erheblichen Teil durch die Aufnahme einer vorläufig dazu noch unverzinslichen Zwangsanleihe immobilisiert, so wird dadurch die Kredit- und Garantiekraft Deutschlands in unverantwortlicher Weise geschwächt. Deutschland geht damit den Weg nach abwärts, der bisher auch bei anderen Staaten durch Zwangsanleihen eingeleitet worden ist.

Man wird — das ist heute schon vorauszu sehen — den Versuch machen, die durch die Zwangsanleihe bewirkte Immobilisierung dadurch auszugleichen, daß die Zwangsanleihe be-